

unsere wärme

Das österreichische Magazin
für energieeffizientes Heizen
mit flüssiger Energie.

Österreichische Post AG, FZ 20Z041986 F
EWO Energie.Wärme.Österreich
Untere Donaustraße 13-15/3.OG
1020 Wien

www.ewo-austria.at

4
2022



Best of Homestorys

Die schönsten Eindrücke
aus den vergangenen
zwei Jahren.

Seite 10

Der Vergleich zeigt auf:

Für Klimaschutz braucht es einen
ausgewogenen Energiemix

Schwerpunkt

Auch alternative Energieträger
legen preislich zu.

Seite 6

Recht

Verbote bremsen
den Klimaschutz.

Seite 15

Interview

Im Gespräch mit Rechts-
experten Dr. Martin Prunbauer.

Seite 18

Foto: Adobe Stock



20

Trends
XtL-Countdown
In Graz startet 2023 die Produktion flüssiger Brenn- und Kraftstoffe.

IMPRESSUM:

Medieninhaber und Herausgeber:

EWO Energie.Wärme.Österreich
Untere Donaust. 13–15/3. OG
1020 Wien

Tel.: 01-710 68 99
ZVR-Zahl 870448279

Geschäftsführer: Mag. Martin Reichard

Unternehmensgegenstand:

Unterstützung der Verwendung von Heizsystemen, die mit flüssigen Brennstoffen betrieben werden, Forschung und Entwicklung von flüssigen Brennstoffen und Mitgestaltung des Weges von fossilen Brenn- und Kraftstoffen zu Flüssig-Brennstoffen aus erneuerbaren Quellen.

Fotos: Wenn nicht anders angegeben, liegen die Fotorechte bei EWO

Coverfoto: Adobe Stock,
www.stefanjoham.com

Medienproduktion:

WEKA Industrie Medien GmbH
www.industriemedien.at

Redaktion: Mag. Daniela Purer,
Reinhard Ebner

Art Director: Nicole Fleck

Anzeigen: Kerstin Hainzl

Druck: Ferdinand Berger & Söhne GmbH

Auflage: 123.779 Stück



Sie haben Fragen, Anregungen oder Wünsche?

Treten Sie mit uns in Kontakt!

Sie haben technische oder juristische Fragen zum Thema „Heizen mit Öl“, Anregungen zu unserem Magazin „Unsere Wärme“ oder wollen mehr als nur eine Ausgabe beziehen? Dann senden Sie uns eine Mail an wien@ewo-austria.at. Für mehr Infos, News oder Wissenswertes über die Aktivitäten des Kompetenzzentrums für flüssige Energie am Raumwärmemarkt melden Sie sich gerne für unseren Newsletter an: www.ewo-austria.at/newsletter

Foto: ÖHGB/Schedl



18

„Vorgaben für einen Heizungstausch stellen einen Eingriff in das Eigentum dar“, erklärt ÖHGB-Präsident Dr. Martin Prunbauer.

Foto: Pixabay/plenio



6

Für nachhaltigen Klimaschutz braucht es einen ausgewogenen Energiemix.

NEWS

5 Kurz & Feurig
Die neuesten Entwicklungen aus der Branche.

SCHWERPUNKT

6 Der Vergleich zeigt auf:
Auch alternative Energieträger legen preislich zu.

10 Homestory
Die schönsten Eindrücke aus den vergangenen zwei Jahren.

15 Recht
Verbote bremsen den Klimaschutz.

STANDARDS

- 13** Leserfrage
- 14** Interessenvertretung
- 16** Facts
- 26** Rätsel

TRENDS & TECHNIK

17 Über den Wolken
Klimaschutz mit Flüssig-Brennstoffen.

18 Interview
ÖHGB-Präsident Dr. Martin Prunbauer im Interview.

20 XtL-Countdown
In Graz startet die Produktion flüssiger Brenn- und Kraftstoffe bereits 2023.

22 Hintergrund
Klimaschutz mit Flüssig-Brennstoffen.

24 Brennpunkt
Aus IWO wird EWO.

Gerade im ländlichen Raum gibt es vielerorts keine Alternative zur Ölheizung.

„Augenmaß statt Ideologie“

Foto: Pixabay/Alain Audet

KNAPP 60 PROZENT DER ÖSTERREICHERINNEN UND ÖSTERREICHER LEBEN IN EIGENTUMSWOHNUNGEN UND -HÄUSERN. Vorgaben für einen Heizungstausch stellen einen Eingriff in eben dieses Eigentum dar, erklärt ÖHGB-Präsident Dr. Martin Prunbauer im Interview.

UNSERE WÄRME: Kürzlich wurde das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz im Ministerrat beschlossen. Wie denken Sie und Ihre Mitglieder über das Gesetzeswerk?

Dr. Martin Prunbauer: Die Rückmeldungen von Mitgliederseite sind durchwegs negativ. Das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz bringt erhebliche Belastungen für Haus-, Grund- und Wohnungseigentümer. Die Besitzerinnen und Besitzer von älteren Ölheizungen gehören ja üblicherweise nicht zum Kreis der Millionäre. In dieser Form ist das Gesetz aus meiner Sicht nicht umsetzbar.

Oftmals fehlen Umstiegsoptionen auf erneuerbare Energieträger.

Bekanntlich ist ein Umstieg auf Pellets aus Mangel an Lagermöglichkeiten vielerorts unmöglich. Die Fernwärme arbeitet schon jetzt an der Grenze der Kapazitäten und muss zu 60 bis 65 Prozent auf fossile Brennstoffe zurückgreifen. Der Anschluss an die Fernwärme führt zudem zu einer Monopolstellung der Betreiber. Als Eigentümerin oder Eigentümer bin ich dessen Preispolitik ausgeliefert.

Wärmepumpen wiederum eignen sich nicht im Altbestand. Gerade im städtischen Raum und im dicht verbauten Gebiet kann aus Gründen der Lärm-Emissionen auch nicht einfach eine Wärmepumpe neben

der anderen installiert werden. Da würde bald die gesamte Stadt summen.

Wie realistisch ist der gesetzlich vorgesehene Austausch hunderttausender Öl- und Gasheizungen binnen weniger Jahre?

In einer Heizungskampagne des Umweltministeriums wurde der falsche Eindruck erweckt, dass man einfach nur in den Keller gehen und die alte Ölheizung entsorgen müsse. Das geht völlig an der Realität vorbei. Es müssen neue Leitungen gelegt, Heizkörper installiert oder bestehende Tanks abgebaut bzw. ausgegraben werden.

Zu verweisen ist auch auf die fehlenden Marktkapazitäten: In Österreich sind rund 1,9 Millionen Heizungssysteme für fossile Brennstoffe in Betrieb. Aktuell gibt es 6.560 aktive Installateure, wobei nicht alle Gas- und Heizungstechniker sind. Um die Zielvorgaben bis 2040 zu erfüllen, müssten nun jede Woche mehr als 2.000 Heizungen getauscht werden. Zu berücksichtigen sind weiters Lieferengpässe für Material,

„DIE BESITZERINNEN UND BESITZER VON ÄLTEREN ÖLHEIZUNGEN GEHÖREN ÜBLICHERWEISE NICHT ZUM KREIS DER MILLIONÄRE.“

der eklatante Facharbeitermangel und ein enormer Preisanstieg, dessen Ende nicht abzusehen ist.

Was schlagen Sie vor?

Angesichts von Energiekrise, Ukrainekrieg und galoppierender Geldentwertung kommt ein derart regulatives Gesetzesvorhaben im Moment definitiv zur Unzeit. Man bedenke: Sogar das Umweltministerium selbst verweist die Industrie auf eine zeitweilige Umstellung auf Öl und bereitet die Wiederinbetriebnahme von Kohlekraftwerken vor.

Mit Showpolitik können die gegenwärtigen Problemstellungen nicht behoben werden. Ich plädiere für freiwillige Maßnahmen, für die entsprechende Anreize geschaffen werden müssen. Wesentlich ist auch ein gewisses Maß an Flexibilität, das es der Eigentümerin oder dem Eigentümer einer Immobilie ermöglicht, die für die Bewirtschaftung notwendigen Schritte zu setzen.

Knapp 60 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher leben im Eigentum und sind für den Erhalt ihres Besitzes verantwortlich. In ihrer Existenz besonders gefährdet sind junge Familien, die gerade eine Immobilie erworben haben und jetzt unter Umständen ein funktions-

tüchtiges Heizungssystem um sehr viel Geld austauschen müssen. Aber auch ältere Menschen: Ihnen wurde über Jahrzehnte empfohlen, Eigentum anzuschaffen, um in der Pension keine Belastungen durch Mietzahlungen zu haben. Nun haben sie die Belastung durch gesetzliche Verbote bestimmter Energieträger. Wer von den Maßnahmen überfordert ist, sieht sich möglicherweise gezwungen, sein Eigentum zu verkaufen.

Wie stehen Sie als Jurist zu den Verboten und Einschränkungen auf Bundes- und Landesebene?

Diese könnten ein Eingriff in das verfassungsmäßige Recht auf Eigentum sein. Auch die Bundesregierung geht offensichtlich davon aus, dass für einen Beschluss eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich ist.

In der Form, in der es im Ministerrat beschlossen wurde, handelt es sich aus meiner Sicht um ein Husch-Pfusch-Gesetz. Es sind zu wenige

„WER VON DEN MASSNAHMEN ÜBERFORDERT IST, SIEHT SICH MÖGLICHERWEISE GEZWUNGEN, SEIN EIGENTUM ZU VERKAUFEN.“

Ausnahmetatbestände vorgesehen. Und es wird auch kaum darauf Bedacht genommen, dass es in großen Teilen insbesondere des städtischen Raums gar keine Alternativen gibt.

Bereits umgesetzt wurde die neue CO₂-Bepreisung, die fossile Brennstoffe verteuert. Eine sinnvolle Maßnahme in Zeiten der Energieknappheit?

Angesichts der Lage am Öl- und Gasmarkt teilen wir seitens des ÖHGB den Wunsch der Wirtschaftskammer nach flexiblerer Gestaltung des CO₂-Preises. Die Maßnahme vorerst für zumindest ein Jahr auszusetzen, wäre jedenfalls vernünftig gewesen. Ideologisch verhärtete Standpunkte bringen uns in dieser Situation nicht weiter.



Foto: ÖHGB/Schedl

Zur Person

Seit 2012 ist **Dr. Martin Prunbauer** Präsident des ÖHGB. Der Wiener Rechtsanwalt hat sich auf Wohn- und Immobilienrecht spezialisiert, hält Vorlesungen zum Miet- und Wohnungseigentumsrecht im Rahmen einer Ringvorlesung am Juridicum der Universität Wien, trägt im Rahmen des postgradualen Universitätslehrgangs „Wohn- und Immobilienrecht“ vor und betreut dort auch Master-Arbeiten zu diesem Thema.



Der Verband

Der **Österreichische Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB)** ist die größte freiwillige Interessenvertretung der heimischen Haus-, Grund- und Wohnungseigentümer*innen. Seine Hauptaufgabe sieht er im Schutz und in der Förderung des Privateigentums sowie in der Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen seiner rund 30.000 Mitglieder. Neben einer aktiven Standespolitik werden diesen Beratungs-, Informations- und Service-Leistungen angeboten.